

IHS Political Science Series
Working Paper 46
July 1997

Geschlecht, Emotion und Politik

Birgit Sauer



Impressum

Author(s):

Birgit Sauer

Title:

Geschlecht, Emotion und Politik

ISSN: Unspecified

**1997 Institut für Höhere Studien - Institute for Advanced Studies
(IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

[E-Mail: office@ihs.ac.at](mailto:office@ihs.ac.at)

Web: www.ihs.ac.at

All IHS Working Papers are available online:

http://irihs.ihs.ac.at/view/ihs_series/

This paper is available for download without charge at:

<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/1001/>

**Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna**

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series

No. 46

Geschlecht, Emotion und Politik

Birgit Sauer

Geschlecht, Emotion und Politik

Birgit Sauer

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 46

Juli 1997

Birgit Sauer
Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft
Phone: +43/1/40480/684
e-mail: Birgit.Sauer@univie.ac.at

**Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna**

The Political Science Series is published by the Department of Political Science of the Austrian Institute for Advanced Studies (IHS) in Vienna. The series is meant to share work in progress in a timely way before formal publication. It includes papers by the Department's teaching and research staff, visiting professors, students, visiting fellows, and invited participants in seminars, workshops, and conferences. As usual, authors bear full responsibility for the content of their contributions.

All rights are reserved.

Die **Reihe Politikwissenschaft** wird von der Abteilung Politologie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien herausgegeben. Ziel dieser Publikationsreihe ist, abteilungsinterne Arbeitspapiere einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit und Diskussion zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den AutorInnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Alle Rechte vorbehalten

Abstract

The women's movement and feminism tend to intimidate, to destructure and therefore to depoliticize the public sphere. This accusation is quite popular in the German speaking feminist academic community. What happened to the politics of subjectivity, to the feminist political strategy of overcoming the split between public and private as well as rationality and emotion? I argue that feminist political science as well as mainstream political science is »emotionblind«. This means that emotions are treated as forms of perception, of acting and evaluation that are different from political perceptions and political action. Emotions are outside of the political space – either making the field of politics chaotic (mainstream political science) or conceptualized as a means to feminize and humanize politics (some feminist approaches to female political participation).

These contradicting appraisals of emotion, gender and politics is putting the connection of gender, emotion and politics on the agenda of feminist political theory. I suggest an approach which conceptualizes emotion as socially and politically constructed. The recent notion of emotion was constructed at the same point in history as gender, with the formation of the capitalist state and the bourgeois class. Gender and emotion build a historical dispositif (Foucault) which emotionalizes women and the private sphere and de-emotionalizes men and the public sphere. The separation of women and men as well as rationality and emotion is a means of control. The notion of an emotional dispositif says that political space is structurally gendered and emotionalized: The dominant mode of bureaucracy – rationality – is the organized hierarchy of male over female as well as rationality over emotion. The Weberian separation of bureaucracy and (charismatic) politics constructs the public sphere as male and separates »good« emotions (Vaterlandsliebe/love for the country) from »bad« emotions (sexuality).

Schlagworte

Emotion, Gender, Politics, Foucault, Weber

Bemerkungen

Der Essay »Geschlecht, Emotion und Politik« ist eine leicht bearbeitete Fassung von »Politik der Gefühle? Emotionen in der politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung«, Forschungsjournal NSB, Herbst 1997 (im Erscheinen). Eine frühere Version wurde am 10. Juli 1997 am Institut für Höhere Studien im Rahmen eines Gastvortrages präsentiert und (sehr emotional) diskutiert.

Inhalt

1. **Gefühlsblindheit der Frauenforschung 1**
 2. **Von der »Politik der Subjektivität« zur »Intimisierung von Öffentlichkeit«: Thematisierung von Gefühlen in Frauenbewegung und Frauenforschung 5**
 3. **Emotion und Geschlecht: Diskurse der bürgerlichen Moderne 9**
 4. **Gefühl und Geschlecht als Strukturkategorien von Politik. Skizze einer geschlechterkritischen Politologie von Emotionen 11**
 5. **Kurzes abschließendes Plädoyer 15**
- Literatur 17**

»Die durch die Vernunft des Subjects schwer oder gar nicht bezwingliche Neigung ist Leidenschaft« (Kant)

»Auch ihre Vertreter (der politischen Klasse, B.S.) beherrschen mittlerweile die Sprache der Betroffenheit, der Glaubwürdigkeit, der Neuen Nachdenklichkeit – einen Gefühlssprech, den man zu jenen Siegen der Geschichte und der Frauenbewegung zählen muß, vor denen es einen, ehrlich gesagt, bisweilen ziemlich gruselt.« (Stephan 1994: 18)

Ist es wirklich so, wie Cora Stephan beklagt, daß das politische Projekt der Frauenbewegung, nämlich die Politik der Subjektivität zu bloßer Gefühlsduselei verkommen ist? Ist »Gefühlssprech« die notwendige Folge, wenn Gefühle als Elemente politischer Subjektwerdung im öffentlich-politischen Raum auftauchen? Ohne Zweifel können wir einen politischen Verschleiß von Kategorien wie Betroffenheit, Erfahrung und Emotion, einen Prozeß der Sentimentalisierung von Politik in dem Maße beobachten, wie diese Kategorien zu Instrumenten einer entpolitisierenden Politik- und Politikerschau werden. Robert Bellah et al. (1985) und Richard Sennett (1977) beispielsweise konstatieren eine Emotionalisierung des Individuums und der Politik als Folge einer Individualisierung in modernen Gesellschaften. Und selbstverständlich trifft Cora Stephan ein fundamentales politisches Problem deutscher Demokratie am Ende des 20. Jahrhunderts: Sie sieht eine alte demokratische »Formschwäche« wieder aufleben, nämlich »die Verachtung der demokratischen Formen und Regularien« (Stephan 1994: 18). Stephan plädiert deshalb für die »Wiedergewinnung der Dimension des Politischen« anstelle einer »Politisierung des Privaten und der Intimisierung der Politik« (ebd. 19).

1. Gefühlsblindheit der Frauenforschung

Ob die Geschichte von Öffentlichkeit und Demokratie als Verfallsgeschichte geschrieben werden darf, welche Rolle dabei Gefühle spielen und vor allem welchen Beitrag die Frauenbewegung an dieser Intimisierung von Politik geleistet hat, bleibt allerdings noch zu klären und ist nicht einfach zu behaupten, wie dies die »Sittenhistorikerin« Stephan tut. Ohne Zweifel waren Gefühle, Leidenschaft und emotionale Nähe zentrale Begriffe der Politisierung und Mobilisierung von Frauen seit Anbeginn der neuen Frauenbewegung. Sie waren erkenntnistheoretische Begriffe der Frauenforschung zur Dekonstruktion androzentrischer Perzeptionsweisen und geschlechtsblinder Wissenschaft. Vor allem aber: Sie waren politische und politisierte Begriffe!

Dennoch: Ein schwieriges, weil m.E. unbegriffenes Verhältnis zwischen Frauenbewegung, Frauenforschung, Politik und der Welt der Gefühle ist bei aller Kritik an der Lässigkeit Cora Stephans nicht von der Hand zu weisen. Nach »Emotionen« in der politikwissenschaftlichen Frauenforschung muß frau tief bohren, man findet sie – und dies ist ein erster Befund, der mich

erstaunte – nicht an der Oberfläche: Ein Tagebau ist kaum möglich. Emotionalität, Gefühle, Sentiment, Leidenschaft, Begehren bleiben lediglich *implizite* Gegenstände, gewissermaßen Subtext politikwissenschaftlicher Frauenforschung. Neben der *impliziten* Beschäftigung mit Emotionen dominiert zudem ein *affektiv-normativer* Zugang zu Emotionalität, der nicht zuletzt aus der Politisierungs- und Mobilisierungsstrategie der Frauenbewegung erwachsen ist. Eine Richtung dieses normativen Thematisierungsstrangs bezieht sich *positiv* auf die größere Emotionalität und Leidenschaftlichkeit von Frauen und verbindet dies mit einer Kritik an der Zurichtung von Frauen auf männliche Werte und an rationalistischer Vereinseitigung. Eine andere Richtung nimmt eher *negativ-ablehnend* Bezug auf Gefühle in der Politik (vgl. Holland-Cunz 1994).

So intensive Debatten um weibliche Empathie geführt wurden, so offensichtliche Leerstellen drängen sich in der feministischen Beschäftigung mit Haß, Neid, Mißtrauen und Machtlust auf. Dies hat (frauen)politische Konsequenzen. Regina Dackweiler und Barbara Holland-Cunz (Dackweiler/Holland-Cunz 1991, Holland-Cunz 1994) konstatieren beispielsweise einen »Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit«, den die beiden Frankfurterinnen als Demokratieverlust, als Repression und Entpolitisierung durch »Intimisierung« beschreiben. Nahezu völlig ungeklärt ist aber auch der unter der »Repressionsthese« gleichsam verschüttete Zusammenhang von Emotionen, politischem Rationalitätsanspruch und politischem Frauenausschluß¹. Und dies, obwohl die Abwertung der politischen Kompetenz von Frauen mit dem Argument ihrer stärkeren Emotionalität nach wie vor gang und gäbe ist.

Eine begriffliche Klärung und eine analytische Auseinandersetzung mit Gefühlen wird also nicht völlig tabuiert und dethematisiert, doch Gefühle bleiben in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung zumindest unterthematziert. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Gefühlen wurde der Psychologie, der Pädagogik und der Philosophie überlassen. Der feministisch-politikwissenschaftliche Umgang mit Vernunft/Rationalität und Emotion ist vergleichsweise unbefriedigend, und von einer geschlechterkritischen »Politologie der Gefühle« ist Frauenforschung noch weit entfernt. In der Unterthematizierung von Gefühlen in der Frauenforschung liegen aber zwei Gefahren begründet: erstens die Essentialisierung des Verhältnisses von Emotion und Geschlecht und zweitens eine Psychologisierung, Intimisierung, Entinstitutionalisierung und mithin Depolitisierung von Emotionen. Diese politisch folgenreichen Leerstellen setzen die Befassung mit Emotionen als politische und politikwissenschaftliche Kategorie auf die Agenda der Geschlechterforschung.

Politikwissenschaftliche Frauenforschung steht allerdings nicht allein: Es gibt auch keine »allgemeine« Politologie der Emotionen. Daß Emotionen und Geschlecht in der Politik in einem Zusammenhang stehen, ist allerdings evident: Gefühle gelten ebenso wie Frauen als

¹ Der Schwerpunkt feministischer Auseinandersetzung liegt auf der Rationalitätskritik, nicht aber auf der Kritik des *Zusammenhangs* von Vernunft und Emotion im politischen Raum (vgl. u.a. Kulke 1988 und 1994).

Störgrößen, als das Bedrohliche und Unberechenbare. Die Geschichte des Politischen und der politikwissenschaftliche Malestream machen uns glauben, Emotionen und Geschlecht seien beim Betreten des öffentlich-politischen Raumes abzulegen wie ein Mantel, ja es besteht sogar ein Zwang, zur Emotionsgarderobe zu gehen.

Politische Institutionen und Prozesse gelten dem Mainstream der Politikwissenschaft auch heute noch als gefühlsfreie Zonen, getragen von abstrakten Menschen, von »Akteuren«. Emotionen und Geschlecht haben den Status von Variablen, d.h. von Eigenschaften, die Personen anhaften, die aber den Raum des Politischen selbst nicht strukturieren. Gefühle und Geschlecht gelten als dem politischen Geschehen äußerlich und nicht in politischen Strukturen, Normen und Praxen abgelagert. Dies suggeriert, daß Geschlecht und Emotionen tatsächlich keine Rolle im politischen Raum spielten – die große Illusion moderner Politik, denn Rationalität als zentrales Attribut des politischen Prozesses ist mit hegemonialer Männlichkeit verkodet.

Politikwissenschaftliche Wörterbücher kennen die Stichworte »Emotionen«, »Gefühle« und »Leidenschaften« nicht (vgl. u.a. Pipers Wörterbuch 1985, Nohlen 1991, Schmidt 1995). Die *International Encyclopedia of the Social Sciences* hat zwar die Stichworte »Emotion«, »Sympathy and Empathy« aufgenommen, verhandelt aber die Begriffe einzig aus motivationspsychologischer Sicht, ohne auf die historisch-politische Konstruiertheit von Gefühlen einzugehen (vgl. Young 1968, Wispé 1968)². Auch in einigen politikwissenschaftlichen Wörterbüchern finden Einzelgefühle als Stichworte Erwähnung, nämlich »Aggression« und »Angst« (vgl. Pipers Wörterbuch 1985, Nohlen 1991, Schmidt 1995)³. Beide Gefühlslagen werden in ihren Folgen für politische Handlungsmotivation definiert. Aggressionen sind beispielsweise »Angriffe gegen bestimmte Gruppen« oder »Formen politischer Beteiligung« (Schmidt 1995: 16). Der Interessenbegriff rimmt nun durchaus *implizit* »Emotionen« auf: So definiert Schmidt »Interesse« als »eine Konstellation« von Akteuren, »die durch – in bestimmten Bedürfnissen verwurzelte – *Anteilnahme* und *Neigung*, aber auch durch die Erwartung eines Nutzens oder Vorteils geprägt ist« (Schmidt 1995: 434, Hervorhebung B.S., vgl. auch Pipers Wörterbuch zur Politik 1985: 348). Bemerkenswert ist, daß die für Politik konstitutiven Wahrnehmungs- und Handlungsformen »Rationalität« und »Vernunft« ebenso wenig in den politikwissenschaftlichen Begriffskanon aufgenommen sind wie Empathie, Liebe, Zuneigung, Freude oder Sympathie. Daraus läßt sich dreierlei schließen: Die Politikwissenschaft ist sich erstens der prekären Bedeutung von Emotionen in der Politik nicht bewußt, sie übernimmt damit implizit und mithin unreflektiert die Dichotomie von

² Die Soziologie beschäftigt sich differenzierter mit Emotionen als die Politikwissenschaft; vgl. z.B. Vester 1991 oder Mestrovic (1997), der eine Theorie »postemotionaler Gesellschaft« entwirft.

³ Im Wörterbuch Staat und Politik (Nohlen 1991) ist »Aggression« nicht als ein eigenes Stichwort aufgenommen, wohl aber gibt es im Sachregister Verweise auf »Aggression«. Wenn nicht die tendenziell marginalisierte Politische Psychologie involviert ist, gibt sich Politikwissenschaft vergleichsweise emotionslos. In Pipers Wörterbuch der Politik (1985) finden sich die Stichworte »Aggression« und »Angst« sowie »Politische Psychologie«; alle drei Stichworte sind von Klaus Horn verfaßt.

Rationalität/Vernunft und Gefühl; als politikrelevante Emotion gilt zweitens eine männlich codierte Regung, während drittens weiblich codierten Emotionen im politischen Raum keine Bedeutung zugemessen wird.

Was sind nun Gefühle? Gängige sozialwissenschaftliche, vornehmlich soziologische Definitionen sind meist nominativ, ganz selten explikativ; es wird also aufgezählt, welche Arten von Emotionen es gibt: Angst, Freude, Ärger, Lust, Ekel oder Liebe (vgl. Young 1968: 35). Gefühle und Emotionen sowie die Synonyma Triebe, Empfindungen, Sentiment sind Bezeichnung für die *affektive* Seite des Erlebens und Handelns im Unterschied – und nicht im Gegensatz – zur *kognitiven* Seite (vgl. Lexikon zur Soziologie 1994: 224). Folgende Dimensionen halte ich für unabdingbar: Gefühle unterscheiden sich von Vernunft und Rationalität nicht in ihrer A-Logik oder in ihrer Irrationalität, sondern Gefühle sind ebenso wie Vernunft logisch. Beides sind verschiedenartige *soziale Praxen*, und Gefühle sind wie Rationalität eine spezifische Form von *Wissen*: »As a way of knowing that differs from rationality, emotion produces information grounded in personal experience, mutual understanding, and community.« (Putnam/Mumby 1994: 55) Darüber hinaus möchte ich im folgenden Gefühle im Gegensatz zu ihrer Psychologisierung und Individualisierung, ja Verinnerlichung als *gesellschaftlich konstruiert* begreifen (vgl. auch Crawford et al. 1992). Es gibt keine vordiskursiven Gefühle, sondern Gefühle, so wie wir sie heute kennen und wie wir heute über sie reden, sind stets symbolisch codiert. Sie sind keine »natürlichen«, »authentischen« Regungen, wofür sie oftmals auch in feministisch-emanzipativen Debatten gehalten werden. Gefühle besitzen also *Institutionencharakter*, sie sind nicht nur Eigenschaften von Individuen, sondern mehr oder weniger »versachlichte« Elemente politischer Institutionen und Organisationen. So gesehen basiert die Vorstellung, die »Emotionslosigkeit« der Politikwissenschaft ließe sich damit erklären, daß es ihr vornehmlich um Institutionen und Interessen kollektiver Akteure, nicht aber um Individuen und Identitäten gehe, auf einem methodologischen Irrtum.

Was in der deutschsprachigen *geschlechterkritischen* Politikwissenschaft fehlt, ist eine *analytische Behandlung* von Emotionalität und Leidenschaften als Elemente von Politik, d.h. die Analyse der Logik, der Funktionsweise von Gefühl und Geschlecht im politischen Raum. Ich meine damit die Kritik der politischen Zurichtung von Frauen und Männern auf hierarchisierte Zweigeschlechtlichkeit, die Kritik von institutionalisierter »emotionalisierter« Weiblichkeit und »versachlichter« Männlichkeit als Handlungsmodi politischer Institutionen – kurz: die Zurichtung von Politik im Sinne ihrer Ent-Emotionalisierung, Ent-Geschlechtlichung und Ent-Sexualisierung. Eine geschlechterkritische »Politologie der Gefühle« müßte den Zusammenhang von Emotionen, Geschlecht und Herrschaft als politischen Strukturaspekt sowie unter Handlungsaspekten erhellen, sie sollte die historisch-politische Hergestelltheit von Gefühlen in modernen Gesellschaften und ihre geschlechtliche Codiertheit entziffern und rekonstruieren. Eine solche Theoriearbeit könnte die Grundlage dafür schaffen, die anti-demokratischen Dimensionen von Gefühlen herauszuarbeiten, Gefühle aber auch als

emanzipative und demokratische Ressource zu *reformulieren*. Dieses Forschungsdesiderat kann ich hier freilich nicht einlösen; ich möchte nur erste Anregungen geben.

Ich werde im weiteren *erstens*, Formen und Strategien der Unterthematierung und damit tendenziellen Entpolitisierung von Gefühl, Geschlecht und Politik in der politikwissenschaftlichen Frauenforschung deutlich machen und *zweitens* Vorschläge für eine Re-Politisierung von Emotion als politische und politikwissenschaftliche Kategorie vorstellen. Ziel einer solchen Arbeit sollte sein, Gefühl als einen geschlechterkritischen Begriff der Politikwissenschaft handhabbar zu machen, ihn – bildlich gesprochen – zu einem geschlechterkritischen Geigerzähler durch politische Institutionen und Prozesse aufzuarbeiten.

2. Von der »Politik der Subjektivität« zur »Intimisierung von Öffentlichkeit«: Thematisierung von Gefühlen in Frauenbewegung und Frauenforschung

Die frühe Frauenbewegung und Frauenforschung thematisierte Gefühle in der Kritik der gesellschaftlichen Konstruktion von Weiblichkeit, die Frauen von Natur aus als das gefühlvollere Geschlecht festschreibt: Weil Frauen Mütter werden können, seien sie emphatischer und liebevoller – kurz: mütterlicher. Die Kritik des weiblichen Geschlechtscharakters lehnte aber auch die Hierarchisierung von Gefühl und Vernunft sowie das damit aufgespannte bipolare Feld ab, das Frauen qua Natur die Teilhabe am Reich der Vernunft versagte. Eines der fundamentalsten Sentimente bürgerlicher Gesellschaft – die Liebe – wurde als »Arbeit« offengelegt (Bock/Duden 1977), und vermeintlich natürliche weibliche Gefühle wie Empfindsamkeit und Mutterliebe wurden als politische Regulierung und als Herrschaftsmechanismus enttarnt. Gisela Bock und Barbara Duden zeigten, daß gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse – unbezahlte Arbeit von Frauen – politisch verhandelt und festgeschrieben sind, aber als private Gefühle verbrämt werden. Die Gefühlskritik der frühen Frauenforschung wies nach, wie Emotionalisierung private Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse verschleiert: Vergewaltigung in der Ehe blieb lange Zeit mit Gefühlsbegrifflichkeit dethematisiert, und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper wurde in der Abtreibungsdebatte mit der Mutterliebe diffamiert.

Die frühe Frauenbewegung war also der Versuch, einen Gegendiskurs zum modernen patriarchal-kapitalistischen Gefühlsdiskurs zu etablieren, indem sie bezahlte und unbezahlte Gefühlsarbeit politisierte und Herrschaftsverhältnisse ent-emotionalisierte. Ziel war die Überwindung der Trennung von Gefühl und Vernunft im Handeln und Denken von Frauen, aber auch in der Gesellschaft. Die Entkoppelung von binarisierten Gefühls- und Geschlechtszuschreibungen sollte Frauen vom handlungsbegrenzenden Bild der »gefühlvolleren Frau« befreien und zugleich die Abwertung von Gefühlen im öffentlichen Raum beseitigen.

Gefühle avancierten somit zum Fundament eines neuen feministischen Politikmodells, das die bipolaren Logiken der Moderne aushebelt. Gefühle waren der Kompaß bei der Grenzüberschreitung von öffentlich und privat: »Das Persönlich ist politisch« ist Ausdruck der Überzeugung, daß vermeintlich Privates – Geschlechterverhältnisse und daran gekoppelte Gefühlsverhältnisse – politisch und sozial konstruiert ist. Mit dem Anspruch, die Trennlinie zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in Frage zu stellen, bleiben Emotionen nicht mehr das, als was sie gelten, nicht mehr individuell und innerliche Regungen, sie werden vielmehr als objektive Wahrnehmungs- und Handlungsmuster erkannt. Politisierung des Privaten heißt also nicht – wie vielfach mißverstanden – die *Auflösung* der Grenzen zwischen einem Raum von (staatlicher) Öffentlichkeit und (intimer) Privatheit, sondern vielmehr Politisierung von Leidenschaften und Gefühlen im Sinne einer Historisierung vermeintlich naturgegebener Persönlichkeitsmerkmale.

Im Unterschied zu dieser ersten Phase der Frauenbewegung und Frauenforschung, die sich mit dem Schlagwort »Gleichheit« fassen läßt, rücken seit den achtziger Jahren Debatten um die »sexuelle Differenz« ins Zentrum von Frauenforschung und feministischer Strategiebildung. Ohne auf die inzwischen elaborierte Gleichheit-Differenz-Debatte im einzelnen einzugehen (vgl. dazu unter vielen Maihofer 1995, Kahlert 1996), möchte ich im folgenden kurz einige Schlaglichter auf *verborgene* Emotionsdiskurse dieser Debatten werfen, wie sie in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung einen Niederschlag gefunden haben.

Der Topos der demokratieunfähigen oder apolitischen Frau (vgl. kritisch Meyer 1992) basiert nicht unwesentlich auf impliziten Annahmen über die Gefühls- und Motivlagen von Frauen. Frauen entsprechen aufgrund ihrer vermeintlichen Emotionalität nicht dem Idealbild des politisch rationalen Aktivbürgers. Sie gelten deshalb als der unberechenbare Faktor, als ein Störfaktor in der Politik, weil sie im Unterschied zu Männern von Gefühlen überwältigt und deshalb leichter manipulierbar seien. »Frauen wählen mit dem Bauch«, titelten us-amerikanische Zeitschriften nach der zweiten Wahl Bill Clintons: Frauen hätten Clinton nicht aus rationalen Überlegungen gewählt, sondern als attraktiven Mann. Sie hätten ihm also nicht mit dem Kopf, sondern – vielleicht – mit dem Herzen, dem Bauch oder gar einem anderen Körperteil ihre Stimme gegeben. Auch Politikerinnen wird – ohne Ansehen der Person – ihre stärkere Leidenschaftlichkeit und geringere Distanziertheit im Politikgeschäft als Makel vorgeworfen.

In Auseinandersetzung mit diesen Denunzierungen vertreten Frauenforscherinnen die These vom »anderen« Politikverständnis und vom »anderen« politischen Stil von Frauen. Nicht Frauen seien politikuntauglich, sondern Politik rekurren auf einseitig männliche, Vernunft hypostasierende Normen und Praxen, die Emotionalität negierten und ausschlossen. Empirische Studien belegen, daß Politikerinnen einen Politikstil für sich reklamieren, der sich von Männern unterscheidet: Sie finden sich »(k)oopertiv, kommunikativ und flexibel«, »prozeß-, kontext- und personenbezogen und *nicht* ressortegoistisch, konkurrent, hierarchisch-rigide

oder karrierebezogen« (Schaeffer-Hegel 1993: 6, Hervorhebung im Original, vgl. auch Meyer 1992: 11f.). Während Männer als tayloristische Sezierer in der Politik gelten, wird »mütterliche Praxis«, die Fähigkeit, gefühlvolle Nähe zuzulassen, als Modus politischen Handelns zur Metapher weiblicher Politik (vgl. Hagemann-White 1987: 35). Diese Diagnose wird nun mit dem Anspruch verknüpft, den verkrusteten männlichen Machtbereich institutionalisierter Politik zu transformieren, indem die *anderen* Potenzen von Frauen strukturell und prozedural in die Politik integriert und der schroffen und ritualisierten männlichen Welt entgegengesetzt werden. Politik solle »feminisier(t)« (Hoecker 1987: 14) und damit vermenschlicht werden.

Der ersten Phase einer expliziten Thematisierung und Kritik von Gefühlen in der Frauenforschung folgte somit eine Phase der zunehmend impliziten Debatte über Gefühle. Implizit heißt: Gefühle wurden zur Grundlage des (politischen) Habitus von Frauen erklärt und als das betrachtet, was Frauen kreativ, als etwas »Neues« und »Anderes« in Gesellschaft und Politik einbringen können. Emotionen werden als Aspekte des weiblichen Sozialcharakters normativ positiviert und der männlichen Rationalität und Kälte entgegengestellt. Eine kritische Analyse von Emotionalität wird kaum noch geleistet, und Gefühle mutieren statt dessen zum »Affekt« *gegen* Rationalität, Ritualisierung und Verhärtung in der Politik, nicht aber zu einem genuin politischen Faktor. Darin liegt nun m.E. die Gefahr, Weiblichkeit und Emotionalität ahistorisch, ja essentialisierend zu verknüpfen, und damit schnappt die »Gefühlsfalle« der Moderne zu. Weiblichkeit wird so zur Emotionsressource für die Verbesserung von Politik, ein »Putz- und Entseuchungsmittel« der Gesellschaft (Thürmer-Rohr 1986). Mit der Vorstellung der politischen Komplementarität der Geschlechter wird darüber hinaus negiert oder zu wenig bedacht, daß der Raum des Politischen gar kein emotionsloser Raum ist und daß die Gefühlsarbeit von Frauen in der Politik, auf emotional bereits strukturiertes Terrain trifft.

Die Kritik von Regina Dackweiler und Barbara Holland-Cunz (1991, Holland-Cunz 1994) am Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit setzt nun sowohl am feministischen Politikkonzept der Grenzüberschreitung von öffentlich und privat wie an der Idee der Feminisierung politischer Öffentlichkeit an. Insbesondere in den siebziger Jahren, so Barbara Holland-Cunz, gab es Entwürfe feministischer Utopie, die die Grenzen zwischen öffentlich und privat in dem Sinne niederreißen wollten, daß die öffentliche Sphäre privatisiert wird: Nähe und Bindung sollten nicht nur in der Privatsphäre und nicht allein im Zuständigkeitsbereich von Frauen erhalten bleiben, sondern in der Öffentlichkeit wirksam werden (Holland-Cunz 1994: 236). Eine solche schlichte Übertragung »privater Tugenden« in den Raum der Öffentlichkeit sei aber kontraproduktiv, ja repressiv und keineswegs demokratisch: »Was im Privaten im positiven Sinne Bindung erzeugt, erzeugt offensichtlich, transportiert frau es entkontextualisiert ins Öffentliche, *Herrschaft* an Stelle von *Bindung*.« (ebd. 239, Hervorhebung im Original)

Gegenüber euphorischen Vorstellung neuer, feministischer Politikformen ist Holland-Cunz unter Rekurs auf Hannah Arendt skeptisch: »Die ›strahlende Helle‹ des Öffentlichen kann vielleicht doch nicht vornehmlich vom ›Dunkel des privaten Hauses‹ aus neu erleuchtet werden!« (ebd.

241). Als Gegenmittel gegen diese Intimisierung und Entstrukturierung feministischer Öffentlichkeit durch den Anspruch von Nähe und Empathie plädiert Holland-Cunz für mehr emotionale Distanz und Kühle als Voraussetzung für demokratische Öffentlichkeit. Sie schlägt eine Synthese von »gemeinschaftliche(r) Orientierung des auf Bindung zentrierten feministischen Modells« und »gesellschaftliche(r) Orientierung eines strikt prozeduralen Modells« vor (ebd. 244).

Mir stellt sich angesichts einer solchen Analyse und Forderung allerdings das Problem der »alten« Dichotomisierung von öffentlich-politisch und privat, von Gesellschaft und Gemeinschaft, von Mann und Frau und von rationaler Kühle und emotionaler Wärme. Insbesondere unterstellt eine solche Sicht, daß Gefühle in der »kühlen Welt« politischer Öffentlichkeit, der »Männerwelt«, keine Rolle spielen bzw. spielen sollten. Daß dem nicht so ist, haben Untersuchungen über Männerfreundschaften und Männerbünde auf der Grundlage emotionaler Bindungen in der Politik hinlänglich gezeigt (vgl. Schöler-Macher, 1994 Kreisky 1995). Politische Öffentlichkeit *ist* kein emotionsloser Ort. Dies ist eine Schutzbehauptung der (männlichen) Akteure! Ob politische Öffentlichkeit ein emotionsloser Ort *sein sollte*, erscheint mir weder realistisch, noch wünschbar.

Diese knappe Übersicht über die Thematisierung von Emotionen in der politikwissenschaftlichen Frauenforschung sollte die Einsichten, aber auch die Engführungen feministischer »Gefühlsdebatten« sichtbar machen, um den Blick für eine geschlechtersensible »Politologie der Gefühle« zu weiten. Diese sollte m.E. Geschlecht, Emotion und Politik neu gewichten, d.h. sie sollte Gefühle im politischen Raum weder normativ positivieren oder aber negativieren, noch – ebenso wenig wie Geschlecht – essentialisieren, als »vopolitisch« konzeptualisieren und aus dem Raum des Politischen ausschließen.

3. Emotion und Geschlecht: Diskurse der bürgerlichen Moderne

Die Ordnung von Geschlecht und Gefühl im politischen Raum ist Element einer historisch gewachsenen »Politik der Gefühle«, d.h. Gefühle »entstanden« in einem spezifischen historisch-politischen Kontext. »Gefühl« ist – in Analogie zu Foucaults Sexualitätsdispositiv – die Bezeichnung für ein historisches Dispositiv (vgl. Foucault 1983: 95). »Gefühl« ist ein hegemonialer Diskurs, der die innere Logik von Praxen, Normen, Institutionen und Symbolen prägt (vgl. Foucault 1983: 128, Maihofer 1995: 80). Zentraler Aspekt dieses Gefühlsdispositivs ist die Binarisierung von Gefühl und Vernunft sowie die Codierung von Emotionen nach dem Geschlecht, d.h. die Zuschreibung von weiblicher Emotionalität und männlicher Vernunft qua Natur. Geschlechterdiskurs und Gefühlsdiskurs – d.h. die Herausbildung eines zweipoligen Modells von Geschlecht und Gefühlen – sind zeitgleich, im Kontext der Herausbildung des bürgerlichen Staates, der kapitalistischen Gesellschaft und der Konstitution der bürgerlichen Klasse entstanden (vgl. Foucault 1983: 130f.).

Mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft wurden Interessen im Gegensatz zu traditionellen Normen und Leidenschaften zentrale Vergesellschaftungsmechanismen und Handlungsorientierungen. Albert O. Hirschman (1987) hat darauf hingewiesen, daß der öffentlich-politisch-staatliche Raum frei von Gefühlen und Interessen zu sein hatte, um die Interessenrealisierung in der Sphäre der Ökonomie und im Intimraum der Familie organisieren zu können, und daß der Kapitalisierungs- und Rationalisierungsprozeß nur ganz bestimmte Emotionen und Leidenschaften gebrauchen konnte – nämlich solche, die die kapitalistische Entwicklung beförderten. »Gute« Emotionen wurden zu Interessen, »schlechte« wurden zur Natur erklärt. Im 17. Jahrhundert entstand die Idee, »daß eine Gruppe von Leidenschaften, die bislang verschiedentlich als Gier, Habsucht oder Gewinnsucht bekannt waren, nutzbringend eingesetzt werden könnten, um andere, wie Ehrgeiz, Machtgier oder sexuelle Begierde zu bekämpfen oder zu zügeln« (ebd. 49). Im Zuge dieses Kapitalisierungsprozesses mußten Gefühle in und durch die neu entstandenen gesellschaftlichen und politischen Institutionen – die mit dem Gesellschaftsvertrag etablierte Staatsgewalt und die Familie – kontrolliert und »bezungen« (Kant) werden. Der Prozeß der Zivilisation ist ein Prozeß der Affektkontrolle (Elias 1978), die Moderne ist also eine Welt kontrollierter Gefühle – ja die Moderne »erfand« Gefühle überhaupt.

Die Kontrolle von Leidenschaften und ihre Kanalisation in Interessen ist Teil eines Gefühlsdispositivs, mit dem sich das Bürgertum beste Bedingungen zu seiner Reproduktion schuf. Das Gefühlsdispositiv ist insofern »produktiv« und nicht zuvörderst repressiv, weil es zunächst einmal die regulierte »leidenschaftslose« Realisierung von ökonomischen Interessen in einem »gefühlsfreien« Raum erlaubte. Der Gefühlsdiskurs hat aber auch normierenden, ordnenden und disziplinierenden Charakter. Die Subjektwerdung des männlichen bürgerlichen

Mannes erforderte Herrschaft über sich selbst, über seine innere Natur, seine Triebe, Emotionen und sexuelle Lust (vgl. Maihofer 1995: 113).

Dieses Selbstverhältnis des männlichen Subjekts konstituiert auch »einen hierarchischen Diskurs ›männlich-weiblich« (ebd. 115). Als Ersatz und Ausgleich zum emotionslosen öffentlichen Raum und emotionsgetränkten, aggressiven ökonomischen Bereich fungierte der familiäre Binnenraum, in dem Emotionen dominieren sollten. Die Emotionslosigkeit der Öffentlichkeit und ihrer männlichen Hauptakteure sollte ebenso wie die Aggressivität in der ökonomischen Sphäre durch die Nähe, Geborgenheit und Emotionalität der Privatsphäre kompensiert werden. Frauen erhielten im Prozeß der Zivilisation nicht nur die Aufgabe,

»mit der privaten Selbstbeherrschung auch die politische Herrschaft von Männern zu sichern, sondern sie übernahmen auch die Aufgabe, die aus der politischen Sphäre bürgerlicher Freiheit und Gleichheit scheinbar verbannten destruktiven Leidenschaften auszudrücken. Auf diese Weise bekamen Frauen eine Stellvertreterfunktion: Sie verkörperten und zeigten die Brüchigkeit eines Harmonieanspruchs, der sich angesichts ihres Ausschlusses einmal mehr als Ideologie entlarve.« (Ebrecht 1997: 146)

Politische Kontrolle von Gefühlen erfolgt über die Ordnung von Raum, Zeit und Körper der Menschen (vgl. Douglas 1991): Frauen und Emotionalität sollen auf den privaten Raum beschränkt bleiben, und Frauen mußten zu diesem Behufe in ihr »Familienglück« gleichsam gezwungen werden. Gefühle wie Zuneigung, Nähe und Wärme werden also in einem bestimmten Bereich (Privatheit), verkörpert durch bestimmte Personen (Frauen), abrufbar und vernutzbar zu bestimmten Zeiten (in der »Freizeit«), sie können von Männern lediglich abgeholt, konsumiert, nicht aber produziert und gegeben werden. Männliche Wut, Aggression und Gewalttätigkeit in der Privatsphäre und in der Ökonomie waren erlaubt, im öffentlich-politischen Raum hingegen verboten. Der bürgerliche Gefühlsdiskurs codiert Gefühle geschlechtlich und hierarchisiert Geschlechter anhand von Gefühlszuschreibungen, indem er Emotionalität an die weibliche Geschlechtsrolle bindet und dies mit einer *Verräumlichung* des Geschlechterverhältnisses verknüpft. Die Institutionalisierungsform der patriarchalen, androzentrischen Gefühlsteilung und Gefühlskontrolle ist die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich, lokalisiert in der bürgerlichen Kleinfamilie und institutionell-personell gesichert durch die Herausbildung der polaren Geschlechtscharaktere. Die Geschlechtsrollen Mann und Frau wurden zu Paradigmen einer Gefühlstopographie.

Effekt einer »Ökonomie bzw. Politik der Gefühle« ist wie die Foucaultsche »Ökonomie der Lüste« (Foucault 1984: 308) eine Affektkontrolle beider Geschlechter als Grundlage männlich-patriarchaler Herrschaft. In diesem Sinne ist das Gefühlsdispositiv »einheitlich«, d.h. die Macht über Gefühle vollzieht sich in ganz unterschiedlichen Institutionen, Apparaten und Organen: in der Politik, im Staat und in der Familie (vgl. Foucault 1983: 105). Ist das Gefühlsdispositiv *produktiv* für die Realisierung ökonomischer Interessen der bürgerlichen Klasse und für die

Gestaltung bürgerlichen Daseins, so ist es *repressiv* in der Beschränkung des Mannes auf den leidenschaftslosen Interessenverfolg und in der Beschränkung der Frau auf die Gefühls»rolle«. Die Vergeschlechtlichung von Gefühlen erlaubt ihre effektivere Kontrolle: Gefühle und Menschen sind in Bipolarität gefesselt. Die Lokalisierung und Temporalisierung von Gefühlen ist ein Element des hegemonialen Gefühlsarrangements, mithin der Kontrolle von Gefühlen und von Frauen. Aus dieser Konstellation ergibt sich eine ambivalente Durchdringung von Ent-Emotionalisierung und Hyper-Emotionalisierung immer dort, wo Geschlechter aufeinandertreffen. Hierarchisierung und Geschlechterrollen sind Modulatoren zur Kanalisierung von Emotionalität an solch »gefährlichen« Schnittstellen. Gefühlspolitik ist also auch Geschlechterpolitik.

4. Gefühl und Geschlecht als Strukturkategorien von Politik. Skizze einer geschlechterkritischen Politologie von Emotionen

Feministischer Gefühlspolitikologie muß meines Erachtens danach fragen, wie die Ent-Emotionalisierung und Ent-Geschlechtlichung von Politik und der dazugehörige Prozeß der subkutanen Emotionalisierung und Vergeschlechtlichung historisch vonstatten gingen, durch welche Mechanismen dies bis heute reproduziert wird und welche Phänomene sich politisch aus dieser Ent-Emotionalisierung und Ent-Geschlechtlichung ergeben. Ein Forschungsprogramm, zu dem ich im folgenden nurmehr Anregungen geben kann.

Gefühle – dies sollte der geschichtliche Parcours gezeigt haben – sind keine Reaktionen, die aus Personen hervorbrechen und dann in den Raum des Politischen einbrechen und ihn chaotisieren oder feminisieren. Das bürgerliche Gefühlsdispositiv schuf vielmehr den Raum des Politischen, einen Raum rechtlicher Regulierung, den bürgerlichen Staat, und plazierte darin Geschlechter. Gefühle und Geschlechter werden somit im politischen Raum »produziert«, sie existieren genuin *im* politischen Raum. Anders ausgedrückt: Der politische Raum ist emotional aufgeladen und vergeschlechtlicht, es kennzeichnet ihn ein Gefühlsdispositiv, in das Frauen *und* Männer eingespannt sind.

Der Prozeß gesellschaftlicher und politischer Modernisierung wird als ein Prozeß der »Rationalisierung« (Weber 1980), und Politik und Emotionen werden im Anschluß an Max Weber als antagonistische Handlungsorientierungen beschrieben: »Politik wird mit dem Kopfe gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele.« (Weber 1993: 62f.) Bürokratische Organisation ist nach Weber die rationalste und effizienteste Form legaler Herrschaftsausübung, weil sie die Realisierung individueller Machtvorteile und Interessen durch Willkür, durch Nepotismus und bloße Standesdominanz minimiert (vgl. Weber 1980, vgl. auch Kreisky 1991: 4). Der Leidenschaft adliger Herrschaft wurde das »vernünftige« bürgerliche

Interesse entgegengesetzt, das politisch planbar, berechenbar, regelbar und vor allem in Geld ausdrückbar war. Rationalität ist im Gegensatz zu Gefühlen der dominante Modus von Bürokratie. Bürokratische Herrschaftsregulierung, d.h. die »Entpersönlichung« von Herrschaft, erlaubt Berechenbarkeit von Handlungsabläufen durch regelgeleitetes Entscheiden, durch Hierarchie und Arbeitsteilung, allerdings um den Preis der »Abstraktion« von Leben (vgl. Weber 1980: 661). Bürokratie garantiert und erfordert Impersonalität und Distanz. Staatlich-bürokratisches Handeln gerinnt so in apersonale Regeln, in denen weder Geschlecht noch Gefühl sichtbar werden dürfen.

Der Prozeß der »Versachlichung« durch Bürokratisierung ist die »Störfreimachung« des Staates durch die Zurückdrängung von persönlichen, privaten Beziehungen und durch die Kanalisierung von Gefühlen; Bürokratie ist ein »imperialistischer Schutzwall« gegen den brodelnden Unterbau von Gefühlen. Bürokratische Herrschaft verlangt aus diesem Grunde eine klare Trennung zwischen der privaten, persönlichen, beziehungsdurchwebten, emotionalen Sphäre und der öffentlichen, regelgeleiteten, rationalen Sphäre. So kommt es zur Vorstellung von separierten Zeiten und Orten für Emotion und Politik: Im politischen Raum und zu politischen Zeiten ist nur eine ent-emotionalisierte Handlungsweise adäquat.

Es ist das Verdienst der Frauen- und Geschlechterforschung, nicht nur die weibliche Leidenschaft als Antipol zur sachlichen Politik dekonstruiert zu haben, sondern männliche »Leidenschaftlichkeit« als Grundlage moderner Institutionen ans Licht gebracht zu haben. Politische und bürokratische Realität zeigt sich nämlich bei weitem nicht emotions- oder geschlechtslos, sondern sowohl Emotionalität als auch Geschlecht sind politische Strukturkategorien und politische Ressourcen.

Carole Pateman hat in ihrer Studie über den »Sexual Contract« das prekäre Verhältnis von Geschlecht und Politik thematisiert: Der vermeintlich geschlechtsneutrale Gesellschaftsvertrag der klassisch-liberalen Moderne ist – so ließe sich Pateman fortschreiben – auch die politische Institutionalisierung des geschlechterverzerrenden Gefühlsarrangements. Er hat als Fundament einen sexuellen Unterwerfungsvertrag, der Frauen aus dem Konstrukt »staatliche Öffentlichkeit« exkludiert und diese Exklusion mit dem weiblichen Überwältigtsein von Emotionen legitimiert. Frauen und Gefühle werden in die Privatheit verbannt, dort kontrolliert und »beherrscht«. Vertrags- und Staatstheoretiker der klassisch-liberalen Moderne wie Rousseau gingen davon aus, daß Frauen wegen ihrer Leidenschaften und Neigungen nicht für Politik geschaffen seien. Damit ist die Angst verbunden, daß Frauen aufgrund der ihnen qua Natur zugeschriebenen Emotionalität den Gesellschaftsvertrag unterminieren könnten. Rousseau beispielsweise beschwört die Gefahr, daß emotionale Abhängigkeit von einer Frau den politischen Herrschaftsanspruch des Mannes untergraben könnte (vgl. Ebrecht 1997: 147). Der Geschlechter- und Ehevertrag sollte die Herrschaft des Mannes über die »privaten« Leidenschaften der Frau sichern und somit die Existenz politischer Öffentlichkeit garantieren. Angelika Ebrecht nennt diese Konstruktion den »private(n) Innenraum der politischen

Öffentlichkeit« (ebd. 136). Die Gefühlsdimension des Gesellschafts- und Geschlechtervertrages impliziert somit, daß für den Erhalt von politischer Öffentlichkeit und Staat »die Triebwünsche von Männern wie Frauen auf je unterschiedliche Weise gebunden werden« mußten (ebd.).

Das System der geschlechtsspezifischen Gefühlspolarität wurde mit dem Gesellschaftsvertrag politisch instituiert. Die öffentlich-politische Sphäre wurde »versachlicht«, sie wurde von Gefühlen und privaten Neigungen bereinigt gedacht. Anders ausgedrückt: Der männliche Aktivbürger ist nur denkbar als emotionsloses, seine Interessen rational verfolgendes Wesen. Politik ist rationales Wahlhandeln, dort werden vernünftige Entscheidungen auf der Grundlage von vernünftigem Zweck-Nutzen-Kalkül getroffen. Darüber hinaus wurde Emotionalität im öffentlichen Raum entwertet; sie gilt nun als Ausweis von Verweiblichung, somit von Unfähigkeit und Inkompetenz. Das Gefühlsdispositiv konstruiert die aus dem Gesellschaftsvertrag hervorgegangene staatliche Öffentlichkeit als männlich. Politik sollte

»unbelastet von leidenschaftlichen Trieben und Konkurrenzen zwischen den Geschlechtern als ein vernünftiges Allgemeines allein durch Männer definiert, vollzogen und kontrolliert werden« (Hausen 1990: 277, Hervorhebung B.S.).

Feministische Politikwissenschaft macht also ein modernes »Mißverständnis« sichtbar: Sowohl klassische Vertragstheorien wie auch das Webersche Bürokratiemodell basieren auf einer Fiktion, nämlich der, daß mit der Monopolisierung der Gewalt beim Staat und ihrer regelgeleiteten Kanalisierung tatsächlich alle Leidenschaften aus der Politik verbannt seien. Demgegenüber ist davon auszugehen, daß Gefühle in der Politik nicht völlig zum Verschwinden, sondern unter die Kontrolle der Individuen und vor allem von Institutionen gebracht wurden. Gesellschaft und Staat sitzen auf also einem Unterbau verdrängter und kontrollierter Leidenschaften auf (vgl. Narr 1988). Emotionen verschwanden ebensowenig wie Geschlecht aus der Politik, sie fanden lediglich kontrolliert Eingang in die Sphäre der Politik: Der Gesellschaftsvertrag beinhaltet auch eine Regelung zur Kontrolle von Gefühlen, und der »Gefühlsvertrag« ist ebenso ambivalent wie der »Geschlechtervertrag«. Emotionen wie Neid, Aggression, Angst sind die Grundierung von politischen Institutionen, ebenso wie beispielsweise Kameradschaft eine typisch männliche Form der emotionalen Bindung in der Politik ist (vgl. u.a. Schöler-Macher 1994; Kreisky 1995)⁴.

Statt Emotionslosigkeit und Geschlechtsneutralität hat das Webersche Bürokratiemodell mit dem Rationalitätsideal starke Geschlechterpolarisierungen eingeführt (vgl. Rastetter 1994: 90), nämlich die Ent-Emotionalisierung von Politik, Staat und Männern und die Hyper-Emotionalisierung von Frauen. In Webers Bürokratiemodell kommt ein Konzept von Männlichkeit zum Tragen, das auf dem Ausschluß von Persönlichem, von Emotionalität und von

⁴ Auf den Aspekt der (politischen) Gefühlsarbeit, die in der Regel von Frauen erbrachte unbezahlte Arbeit in politischen Institutionen, werde ich hier nicht eingehen; vgl. dazu u.a. (Pringle 1988), Fineman (1994), Rastetter (1994).

Weiblichem basiert (vgl. Bologh 1990). Bürokratie ist also nicht geschlechtsneutral, im Gegenteil: Sie ist entweiblicht – zumindest an ihrer Spitze:

»Weber's account of ›rationality‹ can be interpreted as a commentary on the construction of a particular kind of masculinity based on the exclusion of the personal, the sexual and the feminine from any definition of ›rationality‹« (Pringle 1988: 88).

Bürokratie ist nach Weber deshalb so effizient, weil sie Macht und Information an ihrer Spitze bündelt, niedrige Positionen im Handeln beschränkt – in diesen Positionen sind Frauen und Gefühle »gefesselt«, hier können Geschlecht und Emotion kontrolliert werden. Die »neuen« Regeln moderner Bürokratie sind somit geschlechtsverzerrt. Staatliche Bürokratien sind »institutionelle Kristallisierungen« des Geschlechter- und Gefühlsarrangements, d.h. des dualistischen Prinzips, das Rationalität und Männlichkeit privilegiert, Emotionen und Weiblichkeit hingegen marginalisiert. Das Gefühlsdispositiv organisiert also Hierarchie, Unterordnung und Subalternität im politischen Raum und verteilt sie nach Geschlechtern, denn über Gefühle wird Macht formuliert, verteilt, eingeteilt und vorenthalten (vgl. Foucault 1983: 113ff.). Gefühle indizieren somit Herrschaftspositionen, und über Gefühle lassen sich Hierarchien konstituieren, stabilisieren und reproduzieren. Hierarchien als ein zentrales Funktionselement bürokratischer Organisation lassen sich als »institutionelle Arrangements der Gefühlsökonomie« bezeichnen, die kalkulierbar machen, »welche Emotionen gegen wen oder was auslebbbar sind, welche unangemessen sind bzw. wer überhaupt ›emotionell‹ sein darf« (Kreisky 1991: 4)⁵. Gefühlspolitik ent-emotionalisiert Menschen bzw. lädt sie emotional auf. Die Gefühlsdemarkationslinie zwischen den Genusgruppen, die Dichotomisierung von Gefühlen, ist eine Strategie der Reproduktion von Ungleichheit im Geschlechterverhältnis. »Politik der Gefühle« ist die emotionelle und geschlechtliche Codierung von politischen Positionen und Räumen.

Auch Weber konstruiert den Raum des Politischen keineswegs generell als gefühlsfrei. Er unterscheidet den Beamten, der unparteiisch verwalten soll, »ohne Zorn und Eingenommenheit«, vom Politiker und charismatischen Führer, dessen Kennzeichen »Parteinahme, Kampf, Leidenschaft- ira et studium« sind (Weber 1993: 32). Machtgefühl, politische »Hingabe« – aber nur als »Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit«, d.h. mit »Distanz zu den Dingen und Menschen« – sind durchaus erwünschte Gefühle und gewünschte Handlungsformen von politischen Führern – selbstverständlich als Männer gedacht (vgl. Weber 1993: 61ff.).

Die vermeintliche Versachlichung von Politik ist in Wirklichkeit die *Selektion* und die *Instrumentalisierung* von Gefühlen. Das Dispositiv legt fest, wer wieviel Gefühl *wann* und *wo* haben darf oder haben muß und wer nicht. Die Aufteilung und Zuteilung des »Gutes« Emotion

⁵ Wegen der vermeintlichen Gefühllosigkeit und Geschlechtsneutralität können auf der anderen Seite Weiblichkeit und Gefühle einen ganz spezifischen Platz zugewiesen bekommen: Sie können als bezahlte oder unbezahlte Gefühlsarbeit effizient eingesetzt werden (vgl. Rastetter 1994: 146ff.).

stellt also politische Normalität her. Das (bürgerliche) Gefühlsdispositiv verfügt mit der Unterscheidung zwischen öffentlich-männlicher Rationalität und privat-weiblicher Emotionalität eine Trennung von Gefühlen in erlaubte, förderliche und gewünschte (z.B. Vaterlandsliebe, Mutterliebe) sowie in unerlaubte, störende und zu beseitigende (z.B. Zuneigung zum anderen Geschlecht): In der »Kritik der reinen Urteilskraft« unterscheidet Kant beispielsweise zwischen den »animalischen« und den »geistigen« Gefühlen. Pflichtgefühl, Ehre, Vaterlandsliebe waren »Mannesgefühle«, also Gefühle, so Goethe, »wie es dem Manne gebührt« (vgl. Deutsches Wörterbuch 1885: 2172). Es ging also um die Hegemonie »mannhafter« Gefühle in der politischen Öffentlichkeit. Staatliche Regulierung des Gefühlsdispositivs ist nicht nur die Polarisierung von Gefühlen in produktive und störende, sondern auch die Binarisierung von Geschlechtern und die Zuordnung von Geschlechtern zu Emotionen und auf öffentliche und private Sphären. Die Trennung von öffentlich und privat sowie die Aufspaltung in Vernunft und Gefühl ist *der* patriarchale Herrschaftsmechanismus. Die spezifische Art der Zügelung und die Zu- bzw. Verteilung von Emotionen innerhalb und durch staatliche Institutionen konstituiert Herrschaft.

5. Kurzes abschließendes Plädoyer

Die Intention meiner Überlegungen deckt sich in einem Punkt mit jenen von Cora Stephan, Regina Dackweiler und Barbara Holland-Cunz – in dem, was diese die »Wiedergewinnung von Politik« nennen. Ich verstehe darunter u.a. eine Politisierung versteinelter Geschlechterverhältnisse, versteinert in einer restriktiven Politik der Gefühle. Es kann m.E. also nicht darum gehen – und hier liegen möglicherweise große Unterschiede zu den genannten Autorinnen – zum Zwecke einer Re-Politisierung die alten Trennlinien zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen Nähe und Distanz, zwischen Gefühl und Vernunft oder zwischen Emotion und Politik wieder aufzurichten. Es geht nach wie vor um eine neue Perspektivierung der gesellschaftlichen Sphären Privatheit und Öffentlichkeit und dabei um die Historisierung und Politisierung von Gefühl im Kontext von Politik. Dies heißt aber auch die »Rückgewinnung« von Gefühlen und von Geschlecht als immanente Bestandteile von Politik, als Elemente des politischen Raums, die nicht vor der Tür der Politik abzulegen sind.

Ein erster Schritt im Projekt der Entstaatung und gesellschaftlichen Demokratisierung, gleichsam das Abtrotzen des Politischen von staatlicher Administration, wäre eine Re-Emotionalisierung – im Sinne von Marcuses Re-Erotisierung – von Politik. Die Bewußtmachung und Auflösung des »Gefühlsdispositivs« und mithin die Auflösung versachlichter Männlichkeit wäre ein Schritt in Richtung Auflösung von Geschlechterherrschaft: Frauen und auch Männer müssen zu Subjekten ihrer Gefühle werden – auch im politischen Raum.

Ein solches Projekt bewegt sich in der Spannung zwischen Gefühlen als kreativem Aspekt von Handeln und Gefühlen als politisch-staatlich überformten und internalisierten Vorschriften, eine

Spannung, die nicht durch erneute Polarisierungen aufgehoben werden darf. Mein wissenschaftliches Plädoyer geht in Richtung einer »Politikwissenschaft der Gefühle«, die die Spannung als politisch begreift im Sinne der ständigen Kritik ihrer Konstruiertheit und der Praxis ihrer unausweichlichen Existenz.

Literatur

Bellah, Robert et al. 1985: *Habits of the Heart*, Berkeley.

Bock, Gisela/Duden, Barbara 1977: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Juli 1976, Berlin, S. 118–199.

Bologh, Roslyn Wallach 1990: *Love or Greatness. Max Weber and Masculine Thinking*. Feminist Inquiry, Boston.

Crawford, June et al. 1992: *Emotion ans Gender. Constructing Meaning from Memory*, London et al.

Dackweiler, Regina/Barbara Holland-Cunz, 1991: Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 30/31, S. 105–126.

Deutsches Wörterbuch 1885, Band VI, Jacob und Wilhelm Grimm, Leipzig.

Douglas, Mary 1991: *Wie Institutionen denken*, Frankfurt/M.

Ebrecht, Angelika 1997: Moralität und Leidenschaft. Geschlechterpolitik und Triebstrukturierung in anthropologischen Texten der deutschen Aufklärung, in: *Kerchner, Brigitte/Gabriele Wilde* (Hg.), *Staat und Privatheit. Aktuelle Studien zu einem schwierigen Verhältnis*, Opladen, S. 135–154.

Elias, Norbert 1978: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, Bd. 2 (besonders: Die Dämpfung der Triebe. Psychologisierung und Rationalisierung), Frankfurt/M.

Fineman, Stephen (Hg.) 1994: *Emotion in Organizations*, London et al.

Foucault, Michel 1983: *Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen*, Frankfurt/M.

Foucault, Michel 1984: *Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2.*, Frankfurt/M.

Hagemann-White, Carol 1987: Können Frauen die Politik verändern?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 9-10, S. 29–37.

Hausen, Karin 1990: Überlegungen zum geschlechtsspezifischen Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: *Gerhard, Ute et al.* (Hg.): *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*, Frankfurt/M., S. 268–282.

Hirschman, Albert O. 1987: *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt/M.

Hoecker, Beate 1987: Politik: Noch immer kein Beruf für Frauen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 9–10, S. 3–14.

Holland-Cunz, Barbara 1994: Öffentlichkeit und Intimität – demokratietheoretische Überlegungen, in: *Biester, Elke/Barbara Holland-Cunz/Birgit Sauer* (Hg.): *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion*, Frankfurt/M./New York, S. 227–246.

Kahlert, Heike 1996: *Weibliche Subjektivität. Geschlechterdifferenz und Demokratie in der Diskussion*, Frankfurt/M./New York.

Kreisky, Eva 1991: *Gefühle und Hierarchie im Widerspruch*, Wien, unveröffentlichtes Manuskript

Kreisky, Eva 1995: Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung. In: *Becker-Schmidt, Regina/Gudrun-Axeli Knapp* (Hg.): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*, Frankfurt/M./New York, S. 85–124.

Kulke, Christine (Hg.) 1988: *Rationalität und sinnliche Vernunft. Frauen in der patriarchalen Realität*, Pfaffenweiler (2. Auflage).

Kulke, Christine 1994: Politische Rationalität, Demokratisierung und Geschlechterpolitik, in: *Biester, Elke/Barbara Holland-Cunz/Birgit Sauer* (Hg.): *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion*, Frankfurt/M./New York, S. 188–200.

Lexikon zur Soziologie 1994, hg. von *Fuchs-Heinritz, Werner et al.*, Opladen.

Maihofer, Andrea 1995: *Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*, Frankfurt/M.

Meyer, Birgit 1992: Die »unpolitische« Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 25–26, S. 3–13.

Mestrovic, Stjepan G. 1997: *Postemotional Society*, London et al.

Narr, Wolf-Dieter 1988: Das Herz der Institution oder strukturelle Unbewußtheit. Konturen einer politischen Psychologie als Psychologie staatlich-kapitalistischer Herrschaft, in: *König, Helmut* (Hg.): *Politische Psychologie heute*, Opladen, S. 111–146.

Nohlen, Dieter (Hg.) 1991: *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn.

Pateman, Carol 1988: *The Sexual Contract*, Stanford.

Pipers Wörterbuch zur Politik 1985 hrsg. von *Nohlen, Dieter*, Bd. 1: Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, hrsg. von *Nohlen, Dieter/Rainer-Olaf Schultze*, München / Zürich.

Pringle, Rosemary 1988: *Secretaries Talk*, London

Putnam, Linda L./Dennis K. Mumby 1994: Organization, Emotion and the Myth of Rationality, in: *Fineman, Stephen* (Hg.): *Emotion in Organizations*, London et al., S. 36–57.

Rastetter, Daniela 1994: *Sexualität und Herrschaft in Organisationen. Eine geschlechtervergleichende Analyse*, Opladen.

Schaeffer-Hegel, Barbara 1993: Ist Politik doch Männersache? Ergebnisse einer Untersuchung über den Berliner Frauensenat von 1989 bis 1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 45, S. 3–13.

Schmidt, Manfred G. 1995: *Wörterbuch zur Politik*, Stuttgart.

Schöler-Macher, Bärbel 1994: *Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten*, Weinheim.

Sennett, Richard 1977: *The Fall of Public Man. On the Social Psychology of Capitalism*, New York.

Stephan, Cora 1994: *Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte*, Frankfurt/M.

Thürmer-Rohr, Christina 1986: Feminisierung der Gesellschaft – Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Nr. 18, S. 9–20.

Vester, Heinz-Günter 1991: *Emotion, Gesellschaft und Kultur. Grundlagen einer soziologischen Theorie der Emotionen*, Opladen.

Weber, Max 1980: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen.

Weber, Max 1993: *Politik als Beruf*, Stuttgart

Wispé, Laurent G. 1968: Sympathy and Empathy, in: Sills, David L. (Hg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 15, MacMillan and Free Press, S. 441–447.

Young, Paul Thomas 1968: Emotion, in: Sills, David L. (Hg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 5, MacMillan and Free Press, S. 35–41.